

Antrag der Fraktion der CDU**Teilnahme des Landes Bremen am "Projekt Junior"**

Das Land Bremen ist seit 2004 das einzige Bundesland, das nicht am „Projekt Junior“ des Instituts der Junior gGmbH des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln teilnimmt. Das „Projekt Junior“ hat seit seiner Gründung im Jahr 1996 über 40 000 Schülerinnen und Schülern über die Teilnahme mit fast 3000 Juniorunternehmen einen Einblick in die Wirtschaft und die Umsetzung eigener Geschäftsideen ermöglicht. Für die Schulen ist die Teilnahme kostenlos. Die Durchführung des Projektes wird in den Ländern durch Partnerunternehmen unterstützt. Die Kosten hängen jeweils von der Teilnehmerzahl ab. Die Juniorgeschäftsstelle in Köln bietet die erforderlichen zentralen Dienstleistungen an, die die Länder nutzen. Eine Vorfinanzierung durch das Land ist für eine Teilnahme jedoch nicht zwingend erforderlich.

In Bremen besteht seit Jahren ein großes Engagement an zahlreichen Schulen im Hinblick auf die Durchführung von Projekten mit Schülerfirmen, die durch das Landesinstitut für Schule betreut werden. Die Ergebnisse werden in einem landesweiten Schulwettbewerb präsentiert. Eine Teilnahme Bremens am „Projekt Junior“ könnte also bereits auf breite und langjährige Erfahrungen aufbauen. Bremen entgehen durch die Nichtteilnahme seit Jahren Möglichkeiten der Vernetzung. Eine Teilnahme würde den Zugang zum Bundeswettbewerb, zu den Workshops und zum Alumni-Netzwerk ermöglichen. Dabei geht es nicht nur um die Stärkung der ökonomischen Bildung in den Schulen, sondern auch um das Wecken und Fördern kreativer Köpfe und Ideen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. spricht sich für eine Teilnahme des Landes Bremen am „Projekt Junior“ des Instituts der deutschen Wirtschaft aus.
2. fordert den Senat auf, mit den Unternehmen, die sich bereits als Partner im Rahmen der bestehenden Schülerfirmenprojekte im Lande Bremen engagieren, Möglichkeiten der Unterstützung einer Teilnahme Bremens am „Projekt Junior“ zu sondieren.
3. fordert den Senat auf zu prüfen, inwieweit eine gemeinsame Teilnahme mit dem Land Niedersachsen realisierbar ist.
4. fordert den Senat auf, mit der „Junior gGmbH“ des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln in Kontakt zu treten und die Modalitäten und Konditionen für eine Teilnahme des Landes am „Projekt Junior“ auszuloten.
5. fordert den Senat auf, der staatlichen Bildungsdeputation ein Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, das die Grundlage für eine Teilnahme des Landes Bremen am „Projekt Junior“ bildet.
6. fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) über die Umsetzung der unter 1. bis 5. getroffenen Maßnahmen bis Ende 2009 zu berichten.

Sibylle Winther, Claas Rohmeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU